

## BUND-Forderungen

- Im Landesentwicklungsplan müssen die definierten Flächensparziele verbindlich verankert, die Regionalplanung muss gestärkt werden. Die Kommunen müssen Vorgaben bekommen, wie viel Fläche sie unter welchen Voraussetzungen verbrauchen dürfen und wie verdichtet gebaut werden muss.
- Die Ausweisung von Gewerbegebieten, die über den Erweiterungsbedarf ortsansässiger Betriebe hinausgehen, soll nur noch innerhalb größerer Zusammenhänge wie einem Landkreis erfolgen. Innerhalb dieser Gewerbeflächenpools muss geprüft werden, inwieweit noch nutzbare Gewerbeflächen vorhanden sind und ob Nachverdichtungsmöglichkeiten bestehen. Auch müssen Gewerbegebiete effizient und nachhaltig geplant werden – also z.B. mehrstöckig und ohne großflächige ebenerdige Parkplätze.
- Nur die Regierungspräsidien sollen die Flächennutzungspläne genehmigen dürfen. Außerdem sollen sie einheitlich prüfen können, ob es überhaupt einen zusätzlichen Flächenbedarf gibt.
- Etablierung und Förderung von „Innenentwicklungsmanager\*innen“ und von „Agenturen für Innenentwicklung“ als flächendeckendes Beratungsangebote für Kommunen zur Umsetzung innovativer städtebaulicher Konzepte zur Innenentwicklung.
- Die Kommunen müssen die Natur besser schützen: Die Städte und Gemeinden sollen „urbane Freiräume“ und Biotopverbünde planen.



# Was können Sie tun?

Mitglied werden!

Der BUND engagiert sich für Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg. **Dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung!**

[www.bund-bawue.de/mitgliedwerden](http://www.bund-bawue.de/mitgliedwerden)



### Jetzt Spenden und unseren Kampf gegen den Flächenverbrauch unterstützen:

#### Spendenkonto:

BUND Baden-Württemberg e.V.  
Spendenzweck „Flächenverbrauch stoppen“  
Sparkasse Hegau-Bodensee  
IBAN DE64 6925 0035 0004 0881 00  
BIC SOLADES1SNG

[www.bund-bawue.de/spenden](http://www.bund-bawue.de/spenden)

#### Impressum:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Landesverband Baden-Württemberg e.V., Marienstr. 28, 70178 Stuttgart,  
Fon 0711 62 03 06-0, [bund.bawue@bund.net](mailto:bund.bawue@bund.net), [www.bund-bawue.de](http://www.bund-bawue.de)

ViSdP: Martin Bachhofer

Fotos: Klaus Leidorf (Titel), Jana Slave/BUND BW (Demo im Wald),  
Frank Müller (Naturschutztag Wiesen und Wald), BUND BW (Neubaugebiet Gailberg),  
BUND BW (Streuobstwiese), Antje Boll (Wiese), kissundklein (Illustrationen),  
Walter Schön (Schmetterling)

Gestaltung: [kissundklein.de](http://kissundklein.de)

Druck: Druckerei Zabel, gedruckt auf Papier, das mit dem Blauen Engel ausgezeichnet ist.

Auflage 1, April 2023



## FLÄCHENFRASS STOPPEN BUND AKTIV FÜR NETTO-NULL



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Landesverband Baden-Württemberg



### Flächenfraß Kein Ende in Sicht

Landauf, landab kämpfen BUND-Aktive gegen den allzu sorglosen und verschwenderischen Umgang mit dem begrenzten und nicht vermehrbaren Gut Freifläche. An den Ortsrändern müssen für den Natur- und Artenschutz höchst wertvolle Streuobstwiesen den ausufernden Einfamilienhausgebieten weichen. Großzügige Gewerbegebiete fressen sich in die Landschaften und vernichten fruchtbaren Ackerboden.

Im 2021 geschlossenen Koalitionsvertrag der Landesregierung wird das Ziel einer Begrenzung des Flächenverbrauchs auf zunächst 2,5 Hektar pro Tag und bis 2035 auf Netto-Null formuliert – bis dahin sollte also eine vollständige Flächenkreislaufwirtschaft realisiert sein. Aber fast nirgendwo klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie beim Flächenschutz.

Statt wie geplant zu sinken, steigt der Flächenverbrauch seit einigen Jahren wieder an und liegt heute (2021) bei 6,2 Hektar pro Tag. Das sind pro Jahr etwa 3.250 Fußballplätze, die zubetoniert werden.




Mehr Infos zum Thema:  
[www.bund-bawue.de/flaechenschutz](http://www.bund-bawue.de/flaechenschutz)

## Ursachen und Probleme der Flächenversiegelung

Für den Flächenfraß gibt es verschiedene Ursachen: Zunehmende Wohnfläche pro Kopf, das staatliche Subventions- und Steuersystem, kontraproduktive Regelungen im Baugesetzbuch (§ 13b), bestimmte Wertvorstellungen und die maßgeblich durch Gentrifizierung vorangetriebene Wohnungsnot in den Großstädten. So ist beispielsweise das Wohnen im Eigenheim im Grünen für viele Menschen ein Ideal. Dies wird auch vielfach staatlich begünstigt. Absurderweise zerstört dieser Wunsch als Massenerscheinung genau das, was man gewinnen will: die Nähe zur freien Natur.

Durch neue Straßen, Siedlungen und Gewerbegebiete werden enorme natürliche Flächen zerstört und Landschaften zerschnitten, Tiere und Pflanzen verlieren ihre Lebensräume. Große durchgängige Räume werden weniger und kleiner, was insbesondere für Tiere mit großen Territorien problematisch ist. Damit beschleunigt der Flächenfraß das Artensterben.

Unversiegelte Böden sind ein zentraler Faktor bei der Bindung und Speicherung von Kohlendioxid. Somit dienen sie dem Klimaschutz. Zudem sind unversiegelte Böden die Grundlage für land- und forstwirtschaftliche Produktion und der Garant für die Sicherstellung der Ernährung.



Hier stand vorher eine Streuobstwiese: Neubaugebiet in Gaiberg

## Blick in die Regionen Landauf, landab kämpft der BUND gegen den Flächenverbrauch.

### Bodensee-Oberschwaben: Maßloser Regionalplan

Ein besonders extremes Beispiel für maßlosen Flächenverbrauch ist die Neuaufstellung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben. Gemessen an den Nachhaltigkeitszielen und den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Landesregierung müsste der zusätzliche Flächenverbrauch bis 2035 auf 1.500 Hektar für Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Kiesabbau begrenzt werden. Der aktuelle Entwurf des Regionalplans sieht hierfür aber noch über 3.100 Hektar vor - deutlich zu viel. Allein im Bodensee sind auf diesen 3.100 Hektar bei vorsichtiger Schätzung 500.000 Tonnen CO<sub>2</sub> gebunden. Werden die Pläne so verwirklicht, werden die Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele krachend verfehlt. Der BUND wird gegen diesen Missstand rechtlich vorgehen.

### Gaiberg: Bauen um jeden Preis

In der kleinen Gemeinde Gaiberg bei Heidelberg ist der BUND schon lange aktiv. Dort klagt der Landesverband, unterstützt durch eine örtliche Initiative, seit Jahren gegen einen § 13b-Bebauungsplan. Zwar hat der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH) die Normenkontrollklage des BUND abgewiesen, dabei aber – ein großer Erfolg! - eine Revision gegen sein Urteil beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ausdrücklich zugelassen. Denn Gaiberg wirft Rechtsfragen grundsätzlicher Art auf. Im Kern geht es dabei um europarechtliche Fragen, die den § 13b betreffen: Darf der deutsche Gesetzgeber die europäischen Vorgaben zur Umweltverträglichkeitsprüfung aushebeln, so dass für Gebiete bis zu einem Hektar bebauter Fläche pauschal die Umweltprüfung entfällt? Um dies zu klären, führt der BUND nun seine Klage vor dem BVerwG fort. Es ist wohl der erste Fall im Zusammenhang mit dem § 13b BauGB, der dort verhandelt wird. Unserem Verfahren vor dem höchsten deutschen Verwaltungsgericht kommt damit bundesweite Bedeutung zu.

Immer auf dem Laufenden bleiben:  
[www.bund-bawue.de/newsletter](http://www.bund-bawue.de/newsletter)




Bedrohte Streuobstwiese in Allensbach-Kaltbrunn

### Allensbach: Noch steht die Wiese

Allensbach am Bodensee ist das jüngste, aber leider sicherlich nicht das letzte Beispiel, bei dem der BUND ein juristisches Vorgehen gegen eine fehlerhafte Behördenentscheidung in Erwägung zieht. Hier hat die Untere Naturschutzbehörde eine Ausnahmegenehmigung zur Rodung einer wertvollen Streuobstwiese für ein neues Baugebiet erteilt – trotz des besonderen rechtlichen Schutzes, den Streuobstwiesen mittlerweile in Baden-Württemberg genießen. Dabei hatte der BUND Landratsamt und Gemeinde schon vor Aufstellung des Bebauungsplans eindringlich darauf hingewiesen, dass es sich bei der Wiese um einen hochwertigen Lebensraum mit zahlreichen geschützten Arten handelt, der sogar nach europäischem Recht (FFH) unter Schutz steht. Noch stehen die Streuobstbäume und der BUND hat Widerspruch gegen die Umwandlungsgenehmigung zum Baugebiet eingelegt. Sollte dennoch die Fällung drohen, wird der BUND juristisch dagegen vorgehen.

### Pforzheim: Gemeinsam für den Erhalt des Ochsenwäldles

Gemeinsam setzen wir uns für den Erhalt des Ochsenwäldles in Pforzheim ein. Im Aktionsbündnis sagen wir: Bestehende Gewerbegebiete verdichten, statt wertvollen intakten Wald vernichten! Eine Petition wurde gestartet. Ungefähr 85 Fußballfelder wertvoller Mischwald sollen für das nächste Gewerbe- und Industriegebiet der Stadt Pforzheim gerodet und bebaut werden. 61 Hektar, etwa 61.000 Bäume. Viele seltene und geschützte Tiere, Pflanzen und Pilze würden getötet oder verlieren ihren Lebensraum. Wir Menschen verlieren unseren Wald und die Klimakrise wird weiter verschärft. Der Wald weist dabei hinsichtlich des Artenvorkommens die höchste Wertigkeitsstufe auf und ist von überregionaler Bedeutung für den Artenschutz. Die bereits durchgeführte spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, sowie die FFH-Vorprüfung zeigen „schwerwiegende Konflikte mit den Belangen des Artenschutzes“.



Streuobstwiesen sind Hotspots der Artenvielfalt

## Zentrale Handlungsfelder zur Begrenzung des Flächenverbrauchs

### Drinne vor draußen – Zersiedlung stoppen

Flächensparendes und klimaschonenderes Bauen bedeutet in erster Linie, die Innenentwicklung zu stärken – kompakt, verdichtet, urban und zwingend klimaneutral. Das heißt zum Beispiel, alte Bausubstanz neu zu nutzen, Baulücken zu schließen und Gewerbebrachen neu zu beleben. Viel Potenzial bietet auch die Aufstockung von Gebäuden und die Überbauung ebenerdiger Parkplätze.

Ein effektiver Schutz von Freiflächen als CO<sub>2</sub>-Senken ist angewandter Klimaschutz. Die Landesregierung sollte daher den Erhalt natürlicher CO<sub>2</sub>-Senken verbindlich in der Biodiversitätsstrategie des Landes festlegen und vor allem auch umsetzen.

### Neubau: Die Dichte macht's

Ein zentraler Faktor für den Klimaschutz beim Bauen ist die Siedlungsdichte. Je verdichteter gebaut wird, desto besser, denn umso niedriger sind die damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Es rüttelt an einem Ideal. Aber aus klimapolitischer Sicht müssen vor allem die flächenfressenden Einfamilienhausgebiete an den Siedlungsrändern auf den Prüfstand. Ein Einfamilienhaus hat schon aufgrund des Verhältnisses von Wohnfläche zu Außenhülle eine schlechtere CO<sub>2</sub>- und Energiebilanz als ein Mehrfamilienhaus. So benötigt ein freistehendes Einfamilienhaus in seiner Herstellung durchschnittlich 60 Prozent mehr Energie als ein mehrstöckiges Mehrfamilienhaus. Berücksichtigt man zudem noch den Erschließungsaufwand, benötigt es sogar zwei- bis dreimal mehr Energie.

